

Eraus aus der Sakgaass

Banken zämen. Räichtum besteieren. Sozialstaat stärken – Resolutioun

Nach 35 Jahren Deregulierung und Steuerwettbewerb unter Staaten, die zur Festigung der Diktatur der Finanzmärkte und massiven finanziellen Entlastungen für multinationale Unternehmen und Reiche einerseits, und zum Einbruch der Steuereinnahmen, zum Abbau der Sozialsysteme, zur explosionsartigen Erhöhung der sozialen Ungleichheit in den Industriestaaten, zum wirtschaftlichen Niedergang zahlreicher Länder des globalen Südens und zu einer sich stetig verschlimmernden humanitären und ökologischen Katastrophe andererseits geführt haben, **kommen déi Lénk zum Schluss, dass die Steuerreform, die die Regierung verabschieden will, die gleiche neoliberale Politik nahtlos fortsetzen wird:**

- Sie sieht vor, die Körperschaftssteuer schrittweise von 21% auf 18% zu reduzieren, um besonders mit den Finanzzentren von London und Dublin zu konkurrieren, obwohl die Körperschaftssteuer bereits während der letzten 30 Jahre kontinuierlich herabgesetzt wurde;
- Die Anpassung des Steuersatzes und die Anhebung des Steuerkredits für die niedrigen und mittleren Besteuerungsstufen stärkt keineswegs die progressive Besteuerung bei hohen Einkommensstufen; der marginale Steuersatz von 39% wird bereits bei einem jährlichen Einkommen ab 45.897 Euro in der ersten Steuerklasse erreicht und nur zwei zusätzliche ein-prozentige Besteuerungsstufen wurden oberhalb des marginalen Steuersatzes von 40% eingeführt;
- Die direkte Steuerlast der Haushalte ist in erster Linie auf die Arbeitnehmer*innenschaft verteilt; die Vermögenssteuer wird nicht wiedereingeführt und das Bankgeheimnis für Einwohner Luxemburgs wird aufrechterhalten;
- Trotz der vorgesehenen Verdopplung des Steuerkredits für Alleinerziehende werden Alleinerziehenden-Haushalte, die einem besonders hohen Armutrisiko ausgesetzt sind, weiterhin benachteiligt gegenüber verheirateten Paaren, weil das Kind des Alleinerziehenden-Haushalts nicht gleich berücksichtigt wird bei der Besteuerung wie der/die Ehepartner*in;
- Der wohnungsbaupolitische Aspekt der Steuerreform ist enttäuschend. Anstatt Spekulant*innen dazu zu zwingen, ihre verfügbaren Grundstücke zu verkaufen, wie das Gesetz es bereits vorsieht und große Wohnungsbauprojekte in die Wege zu leiten, wird die Explosion der Immobilienpreise noch weiter gefördert durch die Erhöhung der absetzbaren Höchstgrenze von Bausparverträgen und Schuldzinsen, und Grundstückbesitzer werden verhätschelt durch eine weitere 18-monatige Reduzierung der Steuern auf den Veräußerungsgewinn aus dem Verkauf ihrer Grundstücke;

- Die Erhöhung des Freibetrags für zusätzliche Altersvorsorge ist ein Geschenk an die Versicherungsfirmen und eine Maßnahme, die in erster Linie der Förderung privater Rentenversicherungen zulasten der öffentlichen Sozialversicherung dient;
- Ökologische Maßnahmen fehlen fast gänzlich in dieser Reform. Ausnahmen sind hier lediglich die Absetzbarkeit des Kaufs eines Elektrowagens und Steuervorteile beim Leasing eines Dienstwagens mit niedrigen CO₂-Emissionswerten;
- Diese Reform setzt auf starkes Wirtschaftswachstum und berücksichtigt in keinster Weise die Notwendigkeit, die im Rahmen der COP21 in Paris ausgehandelten Verpflichtungen zur Reduktion der Treibhausgase zu finanzieren. Gleichzeitig stammen 9,5% der aktuellen Steuereinnahmen aus dem Verkauf fossiler Treibstoffe und anderer Energieprodukte, und Luxemburg befindet sich bezüglich der Produktion und des Konsums erneuerbarer Energien auf dem zweitletzten Platz in Europa.

déi Lénk werfen der Regierung vor, den einfachsten und zugleich inkohärentesten Weg gewählt zu haben:

- Mit dieser Steuerreform stellt die Regierung weder das wirtschaftliche Modell unendlichen Wachstums, noch das Finanzierungsmodell des Staates durch bevorzugte Behandlung des Finanzstandorts, der multinationalen Großkonzerne und der Reichen und Ultrareichen zulasten anderer Staaten und der eigenen Bevölkerung infrage;
- Nach den Austeritätsmaßnahmen, deren Auswirkungen sich nur noch verschlimmern werden – 585 Millionen 2016, 723 Millionen 2017, 808 Millionen 2018, so der Finanzminister bei der Präsentation des Haushalts von 2016 – sollen die Wähler*innen besänftigt werden, indem ihnen ein kleiner Teil des Geldes, das sie durch die Sparmaßnahmen verlieren, durch die Steuerreform zurückerstattet wird. Arbeitnehmer*innen mit geringem Einkommen, denen die 258 von der Regierung beschlossenen Sparmaßnahmen – von der Reduzierung der Familienleistungen hin zur Erhöhung der Mehrwertsteuer – am meisten zugesetzt haben, werden teilweise entschädigt. Diese Entschädigung wird aber wohl von kurzer Dauer bleiben, da der von der Steuerreform herbeigeführte Verlust an staatlichen Einnahmen in Höhe von 400-500 Millionen Euro zu weiteren Kürzungen von Sozialleistungen und von öffentlichen Dienstleistungen führen wird.

Schließlich werden die Steuerausfälle und die Reduzierung der öffentlichen Ausgaben, die von der Regierung im Laufe dieser Legislaturperiode beschlossen wurden, den Einfluss der öffentlichen Hand weiter einschränken.

Im Gegensatz zu dem, was die Regierung vorschlägt, **setzen déi Lénk sich ein für eine solidarische und gerechte Steuerreform** und stellen in dem Zusammenhang folgende **Forderungen**:

- **Den Anteil der indirekten Steuern an der Gesamtsteuerlast reduzieren**
 - ✓ Die rezente Mehrwertsteuererhöhung rückgängig machen.
- **Die Unternehmen stärker besteuern**
 - ✓ Mit dem Dogma der Steuerkonkurrenz zwischen EU-Mitgliedstaaten brechen;
 - ✓ Maßnahmen unterstützen, die die Finanzen der Unternehmen transparenter gestalten, angefangen mit der Veröffentlichung aller „Steuerausgaben“ (Steuerbefreiung, Investitionskredite, Freibeträge, Vorsteuerabzüge, reduzierte Steuersätze);
 - ✓ „Tax rulings“ veröffentlichen;
 - ✓ Die Berechnungsgrundlage der Unternehmenssteuer erweitern durch eine Reduzierung der zahlreichen Möglichkeiten der Steuerbefreiung und -abschreibung;
 - ✓ Das europäische Projekt der Finanztransaktionssteuer unterstützen.
- **Kapitaleinkünfte und Vermögen stärker besteuern**
 - ✓ Vermögens- und Kapitaleinkünfte im gleichen Maß besteuern wie Arbeit und die 50%ige Steuerbefreiung der Dividenden abschaffen;
 - ✓ Das Bankgeheimnis auch für Einwohner abschaffen;
 - ✓ Die Vermögenssteuer für physische Personen im Umfang von 0,5% wiedereinführen, mit Ausnahme von Spareinlagen von Privatpersonen unter 200.000 Euro und vom Erstwohnsitz;
 - ✓ Die Abwesenheit von Erbschaftssteuern bei Verwandtschaft in direkter Linie infrage stellen.
- **Haushalte mit hohem Einkommen stärker besteuern**
 - ✓ Die steuerpflichtigen Einkommensstufen, die den Besteuerungsstufen unter 39% entsprechen, erhöhen;
 - ✓ Die bisher geltende Deckelung der Sozialversicherungsbeiträge erhöhen;
 - ✓ 6 weitere Besteuerungsstufen von 2% einführen ab einem Steuersatz von 38% (bis zu einem Spitzensteuersatz von 50%);
 - ✓ Wiedereinführung der Indexierung der Steuertarifabelle.
- **Alleinerziehende Haushalte in die Steuerklasse 1 umstufen**
- **Kommunalsteuern dezentralisieren**
 - ✓ Den nationalen Basissatz der kommunalen Kommerzsteuer von 3% auf 4% erhöhen;
 - ✓ Die Bemessungsgrundlage der Grundsteuer auf Immobilienbesitz jenseits des ersten Wohnsitzes erhöhen.
- **Die Mittel der Steuerverwaltungen erhöhen**
 - ✓ Den Personalbestand erheblich aufstocken;

- ✓ Die Steuerdatenbanken, die Kooperation zwischen nationalen Steuerverwaltungen und deren Handlungsmöglichkeiten, um gegen Steuerbetrug vorzugehen, deutlich verbessern.
- **Eine nachhaltige Steuerreform durchführen durch die Anregung einer sozial-ökologischen Transformation des Landes**
 - ✓ Investitionen in Solar- und Windenergie, Biogasanlagen, Wasserkraft und Geothermalenergie steuerlich begünstigen;
 - ✓ Eine direkte Steuer einführen, die alle Unternehmen trifft, um die sozial-ökologische Neuerung zu finanzieren. Diese Steuer soll anhand der sozialen und ökologischen Auswirkungen der Unternehmensaktivitäten errechnet werden, sowie anhand der Verantwortung und der Fähigkeit der jeweiligen Unternehmen, zur sozial-ökologischen Transformation beizutragen;
 - ✓ Hohe Gehälter und Kapitaleinkommen stärker besteuern;
 - ✓ Einen Fahrplan für den mittelfristigen – politisch geordneten – Ausstieg aus dem Tanktourismus und den Ausbau eines allgemeinen, kostenlosen und effizienten öffentlichen Transports ausarbeiten.

Aus der Sackgasse des unendlichen Wachstums kann es nur einen Ausweg geben: Eine bessere Verteilung des Einkommens und des Vermögens. Direkte Steuern und eine Haushaltspolitik, die der Umverteilung des Einkommens und den öffentlichen Gütern und Dienstleistungen den Vorrang einräumt, sind hervorragende Mittel, um dieses Ziel zu erreichen.
Nachhaltige Wirtschaft geht nur solidarisch!